

Erstes Bürgerforum des Pro-Europa Netzwerks München

Am 15. März, am 17. April und am 16. Mai 2018 veranstaltete das **Pro-EuropaNetzwerk** das erste europäische Bürgerforum in München im Rahmen der vom französischen Präsidenten angestoßenen Bürgerbefragung zur Zukunft der EU.

Das Netzwerk umfaßt u.a. folgende zivilgesellschaftliche Organisationen: Europa-Union München, JEF München, Pulse of Europe, Efeu, Stand up for Europe und Project for a democratic union. Fast 150 Bürger nahmen teil.

Ziel dieser ersten European Convention war, die Bürger zu befragen, ihnen zuzuhören, die unterschiedlichen Anliegen, Wünsche und Vorschläge der Bürger zur EU zu sammeln um sie später in einer Pressekonferenz den Medien und Parteien vorzustellen. Die folgenden Foren sollen spezifischeren Themen gewidmet sein.

Bewusst wurde daher eine offene Diskussionsrunde organisiert, ohne Impulsvorträge. Zwei Moderatoren stellten den Teilnehmern im Verlauf der Diskussion drei offene Fragen, welche zudem auf Karten verteilt und von den Teilnehmern schriftlich beantwortet wurden:

1. Welche Vorteile hat die EU gebracht?
2. Was sollte Ihrer Meinung nach in der EU verbessert werden?
3. Welche Prioritäten sollte die EU heute setzen?

Als großer Vorteil der EU wurden Frieden und Freiheit, insbesondere Aspekte der Personenfreizügigkeit genannt (Häufigkeit: 61). Auch die wirtschaftliche Integration in der EU wurde als bedeutender Vorteil eingestuft, u. a. die gemeinsame Währung (Häufigkeit 20). Zudem nannten viele Teilnehmer sowohl schriftlich als auch mündlich Aspekte einer europäischen Identität, u. a. ein Zugehörigkeitsgefühl zu Europa, Austauschprogramme, Werte wie Demokratie und Menschenrechte (Häufigkeit 18).

Gefordert wurde jedoch eine größere **Solidarität innerhalb der EU**, die Angleichung der Lebensbedingungen, die Bekämpfung von Arbeitslosigkeit im Süden Europas und die Stärkung des kulturellen und sachlichen Austauschs zwischen den unterschiedlichen Mitgliedstaaten. Teilnehmer aus Mitgliedstaaten aus Südeuropa stießen insbesondere das Thema Jugendarbeitslosigkeit an und verwiesen u.a. auf Unterschiede im Zugang zu Universitäten anhand des Beispiels Deutschland/Italien.

Die Frage nach der konkreten Finanzierung von mehr Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten wurde während der Veranstaltung nicht kontrovers diskutiert. Mündlich und schriftlich wurde von einigen Teilnehmern der Vorschlag zur Schaffung eines Finanzausgleichs nach dem Vorbild der BRD eingebracht (Häufigkeit 5 Mal unter der Frage nach Verbesserungsvorschlägen). Auch wurde die spaltende Wirkung der Debatte um eine „Transferunion“ kritisiert. Im Kontext dieser Diskussion wurde auf notwendige Voraussetzungen eines erfolgreichen Finanzausgleichs hingewiesen, wie z. B. Bekämpfung von Korruption, Angleichung der Steuersätze und Einstellung von Subventionen bei Delokalisierung.

Als zentrales Anliegen der Diskussionsrunde geht zudem die **Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik** hervor. Die Notwendigkeit einer gemeinsamen Flüchtlingspolitik wurde verhalten angesprochen. Konkrete Vorschläge wurden eingebracht, wie das Verbot von Rüstungsexporten oder die Änderung der Handelspolitik der EU gegenüber den Afrikanischen Partnerländern im Rahmen der Europäischen Partnerschaftsabkommen (EPAs), sowie die Stärkung von Frontex. **Die Teilnehmer forderten von der EU auf internationalem Parkett mit einer Stimme zu sprechen.** Auch eine gemeinsame Verteidigungsunion wurde häufig erwähnt (Häufigkeit 23).

Die **Umwelt- und Klimapolitik der EU** wurde während der Diskussion nur punktuell erwähnt. Auf ihre Bedeutung wurde zum Teil schriftlich (Häufigkeit 11) oder im Kontext der Diskussion um notwendige Reformen der EU-Institutionen (Forderung nach mehr Transparenz) hingewiesen. Auch der **Digitale Binnenmarkt** wurde in der Diskussion nur von den Moderatoren erwähnt und auf den Karten vereinzelt genannt (Häufigkeit 5).

Ein Hauptthema war die **Reform der EU-Institutionen** (Häufigkeit 50), welche laut Teilnehmer handlungsfähiger und näher am Bürger sein sollten. Mehr direkte Demokratie, transnationale Listen, die Stärkung der Rechtsstaatsprinzipien und die Verbesserung der Kompetenzverteilung zwischen Mitgliedstaaten und Union wurde gefordert (insgesamt Häufigkeit 36). Bezüglich der Kompetenzverteilung und des Ziels des Integrationsprozesses wurde einerseits die Ausweitung der Kompetenzen der EU-Institutionen vorgeschlagen, beispielsweise hinsichtlich der Bekämpfung von Arbeitslosigkeit. Andererseits wurde die Stärkung des Subsidiaritätsprinzips genannt und die Konzentration der EU auf die großen globalen Herausforderungen gefordert.

Der allgemeine Grundton der Diskussion zeichnete sich durch den Willen der Teilnehmer aus, konkrete konsensfähige Verbesserungsvorschläge für die zukünftige Gestaltung der EU einzubringen.